



Pressemeldung

25.04.2016

TTIP: Tierschutz darf nicht geopfert werden

Anlässlich der 13. Verhandlungsrunde über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP in New York, fordert der Deutsche Tierschutzbund die Bundesregierung auf, für klare Regelungen zum Tierschutz zu sorgen. Auch das Treffen zwischen Kanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama auf der Hannover Messe dürfe nicht dazu verleiten, sensible Themen wie den Tierschutz zu opfern, nur um noch zu einem Vertragsabschluss zu kommen. Aktuelle Umfragen und die anhaltenden Proteste in der Öffentlichkeit zeigen ebenfalls, dass es keinen Abschluss um jeden Preis geben darf.

„In den USA sind die Tierschutzvorschriften meist noch deutlich schlechter als in der EU. Auch das Klonen von Tieren ist dort bereits an der Tagesordnung. Deshalb muss die Bundesregierung jetzt für klare und umfassende Tierschutzregelungen im TTIP sorgen, um wenigstens die europäischen Tierschutzstandards halten zu können“, erklärt Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Zudem müssten Mechanismen festgeschrieben werden, um den Tierschutz auf beiden Seiten des Atlantiks koordiniert voranzubringen. Dies betreffe den Tierschutz in der Landwirtschaft ebenso wie die Anwendung tierversuchsfreier Forschungs- und Prüfverfahren oder gemeinsame Maßnahmen zum Artenschutz.

US-Präsident Barack Obama war eigens zur gestrigen Eröffnung der Hannover Messe angereist, um TTIP gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel voranzutreiben. Das Abkommen soll noch zur Amtszeit Obamas unter Dach und Fach gebracht werden, da es als unwahrscheinlich gilt, dass es danach zu Ende geführt würde. Genau darin sieht der Deutsche Tierschutzbund nun eine Gefahr. „Wie so oft bei solchen Großprojekten wurden auch bei den TTIP-Verhandlungen die sensiblen Themen erstmal aufgeschoben“, erklärt Schröder. „Den Tierschutz hat es besonders getroffen. Jetzt drohen unausgelegene Rahmenregelungen, im schlimmsten Fall werden überhaupt keine Regelungen vereinbart. Wenn die Bundesregierung hier nicht gegen steuert, könnte sich das zu einem Super-GAU für den Tierschutz in Europa ausweiten.“

Kein Handelsabkommen auf Kosten des Tierschutzes

In einer Eurobarometer-Umfrage zum Tierschutz haben sich gerade erst 93 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen, dass für importierte Produkte die gleichen Tierschutzstandards gelten müssten wie in der EU. Derartige Umfragewerte dürften die Verantwortlichen ebenso wenig ignorieren wie die fortwährenden Proteste verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, die sich auch unmittelbar vor dem Start der Hannover Messe wieder in einer Großdemonstration gegen TTIP manifestiert hatten. „Zur Globalisierung mag man stehen wie man will, aber Handelsabkommen um jeden Preis darf es nicht geben. Aus unserer Sicht bedeutet dies vor allem, dass der Tierschutz in Europa jetzt nicht verhandelt werden darf“, so Schröder.

Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung
In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

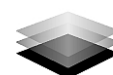
E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88370501980000040444
BIC:
COLS DE 33



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

